

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 12

Rubrik: Frankophonie jetzt ohne Nachhilfe?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

An der internationalen kommunistischen Konferenz in Moskau wird Politik kaum gemacht, aber schon eher mitgeteilt und am allerehesten akzeptiert.

Das Treffen repräsentiert die kommunistische Weltbewegung natürlich nicht und hätte das ja auch zu keinem Zeitpunkt tun können, seitdem das «Lager» gespalten ist. Aber es repräsentiert den Status quo mit seiner gegenwärtigen Gewichtsverteilung. Und damit widerspiegelt es auch recht getreulich die dominierende Machtstellung der Sowjetunion, die nicht zuletzt gerade bei jenen Teilnehmern zum Ausdruck kommt, die sich ihr in ihren jeweiligen nationalen Erklärungen mit mehr oder weniger Ueberzeugungskraft, aber einheitlicher Unwirksamkeit «widersetzen».

Vor zwei Jahren noch schien der Polyzentrismus eine Kraft zu sein, die im Kommen war. Heute ist er eine schon erheblich abgeschwächte Deklamationsübung, die sich im Rhetorischen erschöpft und an den gegebenen Machtverhältnissen nichts zu verändern vermag und vielleicht schon gar nicht so sehr verändern will.

Dass es Moskau «nicht mehr gelingt», seine Generallinie allen regierenden und nichtregierenden KPs aufzuzwingen, ist eine Feststellung, die wohl mit Bezug auf die immerhin schon ziemlich weit entfernte Vergangenheit vor dem Bruch mit China zutrifft, aber der Fluss des gegenwärtigen Ablaufs wird damit nicht ge-

troffen. Vielmehr ist es heute der gegenwärtigen KPdSU-Führung gelungen, eine Heerschau abzuhalten, die sie fünf Jahre lang nicht verwirklichen konnte.

Dass es der Kreml nicht fertig bringt, wie in den ältesten guten Zeiten von seinen Partnern ein detailliertes Credo für sämtliche Punkte seiner Politik zu erhalten, ist keineswegs eine akute Blamage für Moskau, wie manche meinen, sondern bloss eine Selbstverständlichkeit unserer zweiten Jahrhunderthälfte. Dagegen ist es ein akuter Erfolg für Moskau, dass trotz China und trotz der Tschechoslowakei so viele Vertreter des internationalen Kommunismus in das sowjetische Zentrum kommen und dort eine gemeinsame Deklaration unterschreiben, welche die grundlegende Gemeinsamkeit bestätigt. Natürlich bleibt in diesem oder jenem Fall eine «reservatio mentalis» vorbehalten, aber erstens ist diese machtpolitisch nicht von so überaus grossem Gewicht, und zweitens ist nicht zu vergessen, dass viele kommunistische Parteien namentlich im Westen auch gegenüber ihren eigenen Vorbehalten eine «reservatio mentalis» machen, mit anderen Worten, dass ihre deklarierte Selbständigkeit vis-à-vis Moskau ihren Teil an Heuchelei hat.

Seitdem Komintern und Kominform zu existieren aufgehört haben, gab es bisher zwei kommunistische Weltkonferenzen, welche sozusagen ersatzweise die allgemeingültigen Regeln der Weltbewegung definieren sollten. Das war 1957 und 1960. Nachträglich wurde man gewahr, dass das schon damals nicht mehr möglich war, weil der sino-sowjetische Bruch

sich bereits zu deutlich abzeichnete. Der Kommunismus hatte sich ein zweites Riesenreich erobert, und die logische Konsequenz eines zweiten Zentrums stellte sich ein, was nicht von der Tatsache her, sondern nur vom Zeitpunkt her überraschend war, da diese Entwicklung früher einsetzte als man erwartet hätte.

Waren die Differenzen 1960 notdürftig überkittet worden, so traten sie in den folgenden Jahren offen zum Vorschein, und das wurde nun graduell Anlass zu allgemeinen Auflösungserscheinungen sowohl im «sozialistischen Lager», das heisst in den Ländern mit regierenden kommunistischen Parteien, als auch bei den weltweiten Mitgliederorganisationen. Die Tatsache eines Streits zwischen den zwei grossen Brüdern, von denen keiner den andern zur Raison bringen konnte, vergrösserte den Spielraum für die kleineren Geschwister. Die Bipolarität im Grossen ermöglichte die Abart des Polyzentrismus im Kleinen, und der Kommunismus wurde in zunehmendem Masse zur Auswahlendung.

Das alte Moskauer Zentrum reagierte auf diese Zeittendenz zunächst so, dass es sie trotz ihres bedrohlichen Charakters sozusagen gut hiess, um sie zu seinen eigenen Gunsten gegenüber China auszuspielen. Mit seiner eigenen Absage an die stalinistische Vergangenheit, als deren Fortsetzung China dargestellt wurde, gedachte es die Regungen zur Bewegungsfreiheit gegen seinen Rivalen auszuspielen. In jener Zeit machte der Polyzentrismus also deshalb relativ leichte Fortschritte, weil Moskau in dieser

Frankophonie etzt ohne Nachhilfe?

General de Gaulles Rücktritt als Staatspräsident eigt viele Folgen, und einige werden erst nach Monaten sichtbar werden. Eine Annäherung Frankreichs an Westeuropa und die Atlantik-Gruppe ist unvermeidlich — ob nun unter Pompidou oder Poher. Eine wenn auch beschleiene Stärkung der NATO wird vermutlich rasch ichtbar werden, desgleichen ein neuer Optimismus in der EWG. Dies vor allem dürfte einige isherige Lippenkritiker des Generals in Schwieigkeiten bringen: allzu viele haben sich bequem unter de Gaulles Nein zu Europa verschanz.

or recht tiefgreifenden Aenderungen dürfte ber auch ein Gebiet stehen, das sich Präsident e Gaulle als persönliche Domäne vorbehalten nd in dem er sich abseits der Oeffentlichkeit ewegt hat: die Frankophonie. Hier hat de Gaulle eine Politik betrieben, in der imperialistische Elemente enthalten waren. Wurde hier ein ompensationsbedürfnis ausgelebt von einem Mann, der sich seiner Visionen rühmte, und der och 1944 ausrief: «Das Ziel der Zivilisierungsrebeit, die Frankreich in seinen Besitzungen leitet, verbietet jede Autonomie und jede Mögchkeit einer Entwicklung ausserhalb des französischen Imperiums. Eine Selbstverwaltung der olonien, sogar in ferner Zukunft, ist ausgeschlossen.»

afür, dass hier Aenderungen bevorstehen, rpricht der bemerkenswerte Umstand, dass

Jacques Foccart einer der ersten war, die nach Präsident de Gaulle demissionierten. Foccart war «Generalsekretär der Präsidentschaft der Republik für die französischen Uebersee-Gebiete, Afrika und Madagaskar» und als solcher die rechte Hand de Gaulles in Fragen der Frankophonie. Darüber hinaus galt Foccart als einer der einflussreichsten Männer in der Umgebung de Gaulles, der die Sicherheitsprobleme koordinierte und nachrichtendienstliche Verantwortung trug.

Die Unterstützung von Separatistenbewegungen in Ländern mit französischsprachigen Bevölkerungsteilen wurde über Foccart geleitet. Offizielle und offene Unterstützung wurde der Frankophonie gewährt, der kulturellen Solidarität der französischsprachigen Völker. Unter der Hand und versteckt wurden illegale separatistische Bewegungen durch französische Tarnorganisationen unterstützt.

Die wichtigste solcher Tarnorganisationen ist «La Nouvelle Ecole», 1958 unter dem Namen «Patrie et Progrès» von Philippe Rossillon mit Billigung von General de Gaulle gegründet. Rossillon stand Foccart nahe und ist jetzt durch die Demission des letzteren gefährdet.

Die offizielle und eher kulturelle Unterstützung wurde in Kanada dem «Rassemblement pour l'Indépendance Nationale» zuteil, in der Schweiz dem «Rassemblement Jurassien». Beide Organisationen verfügen in überraschender Uebereinstimmung über eine illegale, extremistische Organisation: «Front de libération du Québec» in Kanada, «Front de la libération jurassien» in der

Schweiz. Diese Organisationen erhielten bislang Finanz- und Ausbildungshilfe aus Paris. Aehnliche Feststellungen wurden in Belgien veröffentlicht, wo der Sprachenstreit zum Teil mit französischer Hilfe angeheizt worden sein soll.

Die bisherige französische Einstellung gegenüber diesen extremistischen Separatisten geht unter anderem auch aus der Abweisung des Auslieferungsbegehrens für den jurassischen Terroristen Jean-Baptiste Hennin hervor. Hennin flüchtete im Oktober 1966 nach Frankreich und musste trotz mehreren schweizerischen Demarchen vor kurzer Zeit im Abwesenheitsverfahren zu 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt werden. Das Paris de Gaulles stellte sich auf den Standpunkt, dass Hennin ein politisches Delikt begangen habe.

Diese Auffassung ist in rechtsstaatlicher Sicht kaum haltbar. Als asylwürdige Delikte politischer Natur können vernünftigerweise nur solche betrachtet werden, die nach Erschöpfung aller anderen Protestmöglichkeiten im Sinne einer unausweichlichen Verzweigungstat begangen werden. Politische Delikte können also nur vorliegen, wenn die Freiheitsrechte erheblich beschnitten sind.

Daher kam in der französischen Asylgewährung für Hennin eine politische Haltung zum Ausdruck. Man darf damit rechnen, dass in mehreren Monaten eine Aenderung der französischen Haltung unter de Gaulles Nachfolger sichtbar werden wird. Möglicherweise werden sich die illegalen Extremistenorganisationen zu Verzweigungstaten hinreissen lassen. Langfristig aber dürfte sich der kanadische, belgische und schweizerische Minoritätenstreit eher beruhigen. P. S.